

Gesetz über den unlauteren Wettbewerb nicht in Einklang zu bringenden Rabattforderungen verschiedener Verwaltungsstellen und Schulvorstände und der Vorstand beauftragt, die zuständigen Stellen unter Hinweis auf die gerichtlichen Entscheidungen zu veranlassen, daß derartige Forderungen unerlaubten Rabatts seitens staatlicher Stellen in Zukunft unterbleiben, da es sich beim Buch um eine Ware handelt, die vom Verleger in gleicher Art, Güte und Bezeichnung in den Verkehr gebracht wird und für die er laut Verlagsgesetz einen Kleinverkaufspreis festsetzt, zu dessen Innehaltung alle Abnehmer verpflichtet sind. Jede Firma, die Bücher unter dem vorgeschriebenen Preis abzugeben veranlaßt wird, macht sich eines zu Zwecken des Wettbewerbs vorgenommenen Verstoßes gegen die guten Sitten schuldig.

Der Auffassung der Versammlung gaben die drei nachstehenden, einstimmig angenommenen Entschliefungen Ausdruck:

1. Die am 26. Juni in Braunsberg tagende Hauptversammlung des Kreisvereins Ost- und Westpreußischer Buchhändler schließt sich den schon wiederholt von verschiedensten Stellen erhobenen Einsprüchen gegen die Betätigung der öffentlichen Hand auf wirtschaftlichem Gebiet mit allem Nachdruck an. Sie erwartet, insbesondere im Hinblick auf die Einmischung der Hauptwohlfahrtsstelle Königsberg in die Belieferung der Volksbüchereien, daß sich die verantwortlichen Stellen gerade in unserer, auf einmütiges Zusammenstehen aller Kreise mehr als andere angewiesene Provinz darauf besinnen, wie notwendig die Erhaltung eines weitverzweigten, lebensfähigen und arbeitsfreudigen Buchhandels als Pionier der deutschen Sache ist. Sie erwartet die dem Buchhandel nach Artikel 164 der Reichsverfassung zustehende Förderung und Schutz, da sich die Zeichen rückgehender Wirtschaftskraft bereits in bedenklichem Maße fühlbar zu machen beginnen und der ostpreußische Buchhandel bei solcher Rückwärtsentwicklung den ihm obliegenden kulturellen Aufgaben in Zukunft nicht gewachsen sein kann.

2. Die am 26. Juni in Braunsberg tagende Hauptversammlung des Kreisvereins Ost- und Westpreußischer Buchhändler hat mit Besorgnis und Befremden von der zunehmenden Einmischung kirchlicher Stellen in den allgemeinen Buchvertrieb Kenntnis genommen. Sie bestreitet, daß für derartige Gründungen irgendwelche Notwendigkeit besteht, da der gewerbsmäßige Buchhandel von je den Dienst am Gemeinwohl in allen Fragen der Kultur und Bildung als seine vornehmste Pflicht angesehen hat, und hofft, daß die verantwortlichen Stellen einsehen, wieviel besser sie ihren Zielen zu dienen vermögen, wenn sie mit dem Buchhandel Hand in Hand arbeiten, statt ihn eines Eigengewinnes wegen auszuschalten, der in gar keinem Verhältnis zu dem auf der anderen Seite angerichteten Schaden steht. Viele Hunde sind des Hasen Tod! Was der Zusammenbruch des Buchhandels in der Provinz in bezug auf das geistige Wohl breiterer Volksschichten zu bedeuten hat, sollte den beteiligten Kreisen nicht unbekannt sein.

3. Die 46. in Braunsberg stattfindende Hauptversammlung des Kreisvereins Ost- und Westpreußischer Buchhändler stellt fest, daß nicht nur aus den Reihen der Privatkundschaft, sondern auch immer wieder von amtlichen Stellen, Schulvorständen usw. Rabattforderungen gestellt werden, die bei der gewährenden Firma einen Verstoß gegen die guten Sitten bedeuten und mit dem Gesetz über den unlauteren Wettbewerb nicht in Einklang zu bringen sind. Sie erklärt, daß der ostpreußische Buchhandel sich an die laut Verlagsgesetz festgesetzten Kleinverkaufspreise zu halten gezwungen sieht und andere als die in der buchhändlerischen Verkaufsordnung zugelassenen Vergünstigungen zu gewähren nicht in der Lage ist, und richtet an alle beteiligten Stellen das Ersuchen, die untergeordneten Behörden anzuweisen, daß unerlaubte Rabatte von Lieferanten in Zukunft nicht verlangt werden dürfen, da in solcher Anforderung eine Verleitung zum Verstoß gegen ein gültiges Reichsgesetz gesehen werden muß.

830

In der anschließenden Aussprache wurde unter anderm noch besonders betont, wie notwendig das rechtzeitige Anmelden aller Neuerscheinungen zur Bibliographie seitens des Verlages sei, damit das Sortiment nicht in Verlegenheit komme, wenn es über Neuerscheinungen auf Grund der Verzeichnisse Auskunft geben solle. Aus diesem Grunde wurde auch empfohlen, die Deutsche Bücherei in der Erfassung aller Publikationen zu unterstützen, auch sofern sie zunächst für den Buchhandel nicht in Frage kommen, da dies gegebenenfalls für die spätere antiquarische Beschaffung sehr wichtig werden könne.

Der Jahresbeitrag wurde auf 2 Mark monatlich erhöht, die Einziehung soll in zwei Jahresraten erfolgen. Der Vorstand wurde wiedergewählt. Als Ort der nächsten jährigen Hauptversammlung wird Danzig bestimmt.

An die Verhandlungen schloß sich ein gemeinsames Mittagessen an und am Nachmittag eine Besichtigung der Braunsberger Sehenswürdigkeiten, insbesondere der Akademie und ihrer Bibliothek, wo deren Leiter, Herr Dr. Will, eine überaus instruktive Ausstellung über die Entwicklung der mittelalterlichen Buchkunst veranstaltet hatte. In mehr als einstündigem Vortrag erläuterte er die ausgestellten Objekte in höchst anschaulicher Weise, sodaß alle Teilnehmer vielseitig bereichert davongingen und Herrn Dr. Will zu großem Dank verpflichtet bleiben, den sie ihm durch lebhaften Beifall auch äußerlich zum Ausdruck brachten.

Am Montag führte die Teilnehmer das Auto bei schönstem Wetter nach Frauenburg zur Besichtigung des dortigen Domes und anschließend der Dampfer von Tolkemit über das Haff zum Seebad Kahlberg am Ostseestrande auf der Nehrung. Vollbefriedigt schied man mit dem Wunsche fröhlichen Wiedersehens im nächsten Jahr in Danzig.

## Von der deutschen Presse in Sowjet-Rußland.

In Moskau erscheint als »Organ des Zentralbüros der deutschen Sektion beim Zentralkomitee der kommunistischen Partei der Rätedemokratie« die »Deutsche Zentralzeitung für Stadt und Land« dreimal wöchentlich. Die erste Nummer kam am 16. Mai 1926 heraus, und so konnte das Blatt am 16. Mai 1927 ein Jubiläum einjähriger Bestehens feiern. Es erschien eine Festnummer auf besserem Papier gedruckt, der man allerhand interessante Notizen über das deutsche Zeitungswesen im kommunistischen Rätedemokratie entnehmen kann.

Das meiste Verdienst an der Gründung der Deutschen Zentralzeitung wird dem Sekretär des Zentralbüros der Deutschen Sektion beim Zentralkomitee der kommunistischen Partei, Schilhamy, zugesprochen, der nicht nur die nötigen Bewilligungen der Parteinstanzen herbeiführte, sondern auch für Geldmittel, Papierbeschaffung, Kredite sorgte. Über den Werdegang der deutschen kommunistischen Presse in Moskau erfährt man dabei einige interessante Daten. Die erste deutsche kommunistische Zeitung in Moskau war die »Weltrevolution«, die schon im Frühjahr 1919 erschien, als sich in Petrograd die kommunistischen Arbeiter versammelten und die Dritte Internationale gründeten. Viele Hunderttausende deutscher und österreichischer Kriegsgefangener befanden sich damals noch auf russischem Boden, viele Kommunisten natürlich, aber auch viele Ratlose, die nach Aufklärung suchten und sie in der »Weltrevolution« natürlich im kommunistischen Sinne finden sollten. Die »Weltrevolution« war also ein reines Propagandablatt zur Aufklärung über die Ziele der russischen Revolution. In dem Wolgaregion kamen zwar damals schon die »Nachrichten« heraus, aber sonst war die »Weltrevolution« das einzige deutsche Blatt im weiten Rußland. Erst im Jahre 1921 folgten ihr einige schüchterne Versuche in der Ukraine. Im August 1920 tagte dann in Moskau der Kongreß deutscher Kommunisten und beschloß die Herausgabe einer neuen Zeitung »Rote Fahne«, die ausschließlich wiederum für deutsche Kriegsgefangene bestimmt war und deren Schriftleitung einem Kriegsgefangenen, dem inzwischen wieder, wenn wir recht unterrichtet sind, nach Deutschland gekommenen und zum bürgerlichen Rechtsanwaltsberuf zurückgekehrten G. Molt, übertragen ward. Schon dieser Redakteur wies darauf hin, daß man weniger für die doch nach Deutschland abströmenden deutschen Kriegsgefangenen als für die in Rußland verbleibenden deutschen Kommunisten arbeiten und schreiben sollte. Die damals führenden Genossen waren aber fast ausnahmslos Kriegsgefangene und hatten selbst zumeist keine